

## Anfrage

der Abgeordneten Mag.<sup>a</sup> Collini an Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig  
gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend

### **„Therapeutische Gemeinschaften in Niederösterreich – Aufklärung und Transparenz im Sinne der Bürgerinnen und Bürger“**

Die Grundsätzliche Genese der Angelegenheit rund um die therapeutischen Gemeinschaften in Niederösterreich (TG) darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Es erging bereits am 14.05.2018 eine zwischenzeitlich beantwortete Anfrage in diesem Zusammenhang - nachzulesen unter <https://niederösterreich.neos.eu/antraege-und-anfragen/>.

Dennoch gelingt es bis heute weder der Landesregierung als Kollegialorgan, noch der zuständigen Landesrätin Transparenz in die Angelegenheit zu bringen.

Neuen Medienberichten zu Folge wurde ein anhängiges Verfahren wegen übler Nachrede zwischen den ursprünglich Beteiligten Betreibern und Landesrat Schnabl auf Initiative des Herrn Landesrates (Zurückziehung der Klage) wenige Tage vor dem bereits terminisierten Verhandlungstag eingestellt. Auch dieser Umstand bietet - nicht zuletzt aufgrund der Weigerung Schnabls eine offizielle Stellungnahme abzugeben – Nährboden für Gerüchte.

Im Zentrum dieser Mutmaßungen stehen die Vorgänge rund um die Schließung der Einrichtungen, die Weiterbetreuung der Schutzbefohlenen und - neuerdings verstärkt - die Umstände unter denen rund 245.000 Euro an Steuergeldern für eine Sonderkommission aufgebracht wurden, für die es bis heute weder die entsprechende Beschlusslage innerhalb der Landesregierung noch Konsens unter den Regierungsmitgliedern zu geben scheint.

Weder wurde der Endbericht der 245.000 Euro teuren Sonderkommission (SOKO) veröffentlicht, noch gelingt es unter Zuhilfenahme der zur Verfügung stehenden parlamentarischen Instrumente Licht ins Dunkel zu bringen.

Hier ist es klar Aufgabe der Politik, die Gerüchteküche zu beenden und in einem transparenten Prozess allfällige Missstände, die Begleitumstände aber auch die Verantwortungen aufzuarbeiten, die Maßnahmen zu evaluieren, diese

nachvollziehbar darzustellen und Sorge zu tragen, dass Vergleichbares im Sinne der schutzbefohlenen Kinder und Jugendlichen zukünftig nicht mehr passieren kann.

**Die Gefertigte stellt daher an Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig folgende**

**Anfrage**

1. Laut Medienberichten (u.a. „derStandard“) soll die sog „Soko“ bezüglich der oben genannten Jungendeinrichtungen ca. 245.000 Euro gekostet haben. Welchen Kosten (detaillierte Aufstellung) schlagen sich aufgrund dieser „SOKO“ nun tatsächlich nieder?
2. Wie beabsichtigen Sie den Mangel des fehlenden Regierungsbeschlusses zu sanieren?
3. Wer zeichnet für den beschlusslosen Abruf der Landesmittel in der kolportierten Höhe von 245.000 Euro verantwortlich?
4. Wann werden Sie die Beteiligten und die Öffentlichkeit umfassend über den Inhalt des Berichts der gegenständlichen Sonderkommission informieren?